

Landwirthschaft nach Abzug dessen, was sie in Preußen selbst von dem Staat an Schullasten u. s. w. bekommt, noch nicht einmal so viel Steuern zahlt, wie die Börsensteuer beträgt, das erscheint paradox, Sie können es sich aber vollständig nachrechnen!

Es ist gesagt worden, — und dabei wurde „Sehr richtig!“ gerufen —, man müsse dafür sorgen, das Inland als kaufkräftigen Absatzmarkt zu erhalten. Gewiß ist das nothwendig; es ist aber ein Irrthum, anzunehmen, daß man in der Landwirthschaft einen besonders kaufkräftigen Absatz schaffe dadurch, daß man höhere Getreidezölle einführt. Gestatten Sie mir hierzu ein kurzes Beispiel: Wir haben in der Zeit von 1867 bis 1876 die höchsten Getreidepreise des Jahrhunderts gehabt; unbestritten ging es damals der Landwirthschaft vorzüglich, — und in dieser Zeit der höchsten Getreidepreise ist unsere landwirthschaftliche Bevölkerung am stärksten zurückgegangen. Das war die Zeit, in welcher der Großgrundbesitz die lohnendste Wirthschaft treiben konnte, und infolge der guten finanziellen Resultate seinen Großgrundbesitz ausdehnen konnte durch Aufkaufen von Bauernstellen. In der folgenden Zeit, von 1879 bis 1891, in der Zeit der sich fortwährend steigenden Zoll erhöhungen, zeigt sich wiederum das merkwürdige Ereigniß eines weiteren Rückganges gerade der landwirthschaftlichen Bevölkerung, und nicht nur dieser allein, sondern überhaupt der Bevölkerung in den ländlichen Bezirken. Speciell in einem Lande wie Mecklenburg-Strelitz, in dem der Großgrundbesitz $\frac{2}{3}$ der ganzen Fläche ausmacht, ging damals die Gesamtbevölkerung um 3,3 % zurück. In Pommern ging die Bevölkerung in dieser Zeit um 1,3 % zurück, trotzdem die Bevölkerung in den größeren Städten, namentlich Stettin und Swinemünde, sehr erheblich zunahm. Und seitdem wir die vielgeschmähte Herabsetzung der Getreidezölle haben, seit 1892, findet wieder eine erhebliche Steigerung der Bevölkerungsmenge auch in Pommern, selbst in Mecklenburg-Strelitz statt. Die Zahl der Consumenten von Industrieerzeugnissen in der landwirthschaftlichen Bevölkerung wird also durch hohe Getreidepreise nicht vermehrt, im Gegentheil vermindert.

Es ist hervorgehoben worden, daß der ganze Ueberschuß unserer Bevölkerung, speciell seit der Volkszählung von 1882, ausschließlich der Industrie, dem Handel und den freien Berufen zu gute kam. Ja in der landwirthschaftlichen Bevölkerung fand sogar ein Rückgang statt, der in den Jahren 1882 bis 1895 mehr als $\frac{1}{4}$ Million Menschen ausmacht, und wenn dieser Rückgang in der landwirthschaftlichen Bevölkerung nicht noch größer ist, so liegt das daran, daß wir in den westlichen Provinzen eine außerordentliche Zunahme des Kleingrundbesitzes gehabt haben. (Sehr richtig!)

Ich werde ermahnt, zum Schlusse zu kommen, und bin gern bereit, dem Folge zu leisten. — Nur noch eins: Wie viele Menschen leben vom Aufsenhandel? Als ich vor ungefähr 4 Jahren als durchschnittliche Zahl nach oberflächlicher Berechnung 11 Millionen in Deutschland nannte, da erscholl ein Ruf der Entrüstung, und selbst von nahestehender Seite wurde mir gesagt: „Wie kann man nur so übertreiben!“ M. H., ich habe, speciell fußend auf der Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke, diese Berechnung weiter verfolgt und bin zu einer noch höheren Ziffer, zu 12 Millionen, gekommen, und heute ist es bereits so weit, daß der Abgeordnete von Eynern, der sich von mir in sehr Vielem unterscheidet, diese Zahl als unwiderleglich darstellt. Schaffen Sie diese Zahl Menschen durch Vernichtung des Exports aus unserem Vaterlande heraus, — wo bleibt da die Landwirthschaft, wo bleibt die Industrie?

Der Herr Referent hat geschlossen: man solle das Vertrauen haben zu der Regierung, daß sie das

Beste des Volkes auch bei den künftigen Verträgen fördern wolle. Gewiß, m. H., wir können dies Vertrauen haben. Ich würde aber nichts für verfehlter halten, als wenn man im stillen Vertrauen auf die Regierung die Hände in den Schoß legen wollte. Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient (Sehr richtig!), und wenn Sie in jetziger Zeit nicht eifrig bei der Arbeit sind, wenn Sie nicht dafür sorgen, Ihre Stimmen überall, auch bei den bevorstehenden Wahlen, zur Geltung zu bringen, so wird die Regierung nicht stark genug sein, um das wirthschaftliche Interesse des Vaterlandes zu fördern! (Lebhafter Beifall.)

Director Kollmann-Bismarckhütte: Ich freue mich, daß der verehrte Herr Vorredner mit dem Herrn Referenten doch auch das Vertrauen zu der Regierung hat, daß sie genau wissen wird, was sie unter den obwaltenden schwierigen Verhältnissen zu thun hat.

Ich habe heute etwas nachgegraben in deutscher Handelspolitik und dabei die Depesche gefunden, die der englische Gesandte am Berliner Hofe, Graf Westmoreland, am 13. Juli 1842 an den Grafen Aberdeen, seinen hohen Vorgesetzten, vertraulich gerichtet hat, als es sich damals um Verhandlungen Englands mit dem Zollverein bezüglich eines Handelsvertrags handelte. Die Depesche lautet in deutscher Uebersetzung:

„Die preussischen Minister, die damit beschäftigt sind, den Zolltarif festzusetzen und vorzuschlagen, zeichnen sich durch ihre freie Anschauung bezüglich des Handels aus, und für ihren Widerstand gegen die Forderungen der deutschen Eisen- und Textil-Industriellen schlagen sie — die preussischen Minister — vor, daß die englischen Unterhändler bei Nebensachen nachgeben sollen, damit sie in der Hauptsache den übertriebenen Forderungen dieser deutschen Industriellen entgegen treten können, um den großen Schaden abzuwenden, den der englische Handel durch die Forderungen der deutschen Industriellen erleiden könnte.“

M. H.! Als ich diese Depesche in Häufers Biographie von Friedrich List, des größten deutschen Nationalökonomens, fand, da dachte ich mir: heute kann so etwas nicht mehr vorkommen in Deutschland, nachdem wir den unersetzlichen Reichskanzler Fürsten Bismarck gehabt haben, der die politische Machtstellung seines Volkes und die wirthschaftliche Machtstellung Deutschlands fundirt hat. Nach einem Bismarck sind derartige Depeschen in Deutschland unmöglich, und ich habe dies Schriftstück absichtlich mitgebracht, um Ihnen zu beweisen, was wir seit Bismarck bezüglich der Vertretung der wirthschaftlichen Interessen unseres Volkes seitens unserer Regierung im Gegensatz zu 1842 zu erwarten haben. In diesem Sinne danke ich dem Herrn Referenten für seinen Ausspruch des vollen Vertrauens zur Regierung.

Die jetzige Regierung unterscheidet sich von der vom letzten Redner gelobten Aera Caprivi dadurch, daß letztere zwar Sachverständige beim Abschluß des russischen Vertrages gehört hat, dies aber beim österreichischen Handelsvertrage nur sehr ungenügend gethan hatte, während heute schon die Sachverständigen gehört werden wegen der späteren Handelsverträge. (Zwischenrufe des Abgeordneten Herrn Gothein.) Hr. Dr. Gothein, Sie waren damals noch jung. (Große Heiterkeit.) Und mit Recht hat der Herr Vorsitzende hervorgehoben, daß der Mann, der gegen diejenigen wenigen Industriellen, die damals gehört worden sind — auch ich war darunter — den Handelsvertrag mit Oesterreich, diesen unseligen, in erster Linie vereinbart hat, gegen den sich dann die Stimmen der deutschen Industriellen erhoben, daß dieser Mann ein Geheimrath war, für den die Bedürfnisse der Industrie immer ein Geheimniß gewesen, weshalb er ja auch wohl Geheimrath genannt wird. (Heiterkeit.)